

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Hans-Joachim Seeler
MdEP unterbreitet einen Vor-
schlag zur Lösung des polni-
schen Verschuldungsproblems:
Warschau wirksam helfen.

Seite 1

Florian Gerster MdB unter-
streicht die Verantwortung
des Bundesverteidigungsmini-
sters für Flugtage und Tief-
flug: Die Luftwaffe ist nicht
unser Gegner!

Seite 4

Dieter Spöri MdL protestiert
gegen die beabsichtigte
Zwangsfusion von SDR und
SWF: Volksbegehren nicht
ausgeschlossen.

Seite 5

Monika Ganseforth MdB re-
sumiert ihre Beobachtungen
von drei politischen Prozes-
sen in der Türkei: Verheeren-
de Eindrücke.

Seite 6

43. Jahrgang / 213

7. November 1988

Warschau wirksam helfen

Ein Vorschlag zur Lösung der polnischen Verschuldung

Von Dr. Hans-Joachim Seeler MdEP

Die polnische Regierung weiß, daß politisch etwas geschehen muß, um den ökonomischen Verfall Polens aufzuhalten. Das dringendste Problem liegt in der enormen Verschuldung Polens, und dessen Lösung liegt auch im Interesse des Westens. Der Antrag Polens auf Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur EG, der im Zuge der Gemeinsamen Erklärung von EG und RGW bei der Brüsseler Kommission eingegangen ist, kann ein erster Schritt sein.

Wenn der Westen seine Forderungen (fast 36 Milliarden Dollar) an Polen nicht völlig abschreiben will, muß er mithelfen, langfristige und stabile wirtschaftliche Strukturen zu schaffen, die Schuldendienst und Tilgung ermöglichen. Nur eine intakte Wirtschaft kann Erlöse erwirtschaften, mit denen nach und nach die Schulden zurückgezahlt werden.

Doch wie kann den Polen geholfen werden?

- Eine radikale und langfristige Umschuldung dergestalt, daß die Tilgungsraten so gestreckt werden, daß jährliche Belastungen und Zinsleistungen von Polen wirtschaftlich verkraftet werden könnten, ist ein denkbarer Weg. Der Gesamtschuldenbetrag würde auf diese Weise jedoch nicht verringert, sondern nur gestreckt.
- Ein Schuldenerlaß bedeutet auf der einen Seite für die Existenz vieler Banken eine große Gefahr wegen des erforderlichen Wertberichtigungsbedarfs. Auf der anderen Seite sind es die Steuerzahler, die in diesem Falle die Zeche bezahlen müßten, und die wollen wissen, ob es sich lohnt.
- Der Erlaß eines Teils der Forderungen an Polen gehört sicherlich zum Paket der anzustrebenden Lösungen.
- Die Verständigung Polens mit dem Pariser Club auf ein vorläufiges Abkommen über Zahlungserleichterungen ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendet Ökopro
mit recycleter Rohstoffe
Recycling-Papier



Doch damit ist das polnische Problem noch nicht gelöst. Mein Vorschlag zielt darauf hinaus, einen nationalen Fonds für Schulden und Entwicklung in Polen zu gründen. Diesem Fonds werden alle Forderungen, die bis Anfang 1987 entstanden sind, übertragen. Er hat sie zu regulieren und zu verwalten und hat für Polen mit den Gläubigern, mit dem Pariser Club und den anderen in Frage kommenden Stellen die Verhandlungen zu führen.

Wie kann dieser Fonds arbeiten, so daß beide Seiten zufriedengestellt werden und die Banken nur ein für sie akzeptables Maß von Wertberichtigungen vornehmen müssen? Die Hartwährungslasten müssen auf 15 bis 20 Prozent der Exporterlöse begrenzt werden.

Denkbar ist, daß dem Fonds die Auswahl überlassen wird, in welcher Währung er die Schulden tilgen möchte, zum Beispiel anstelle von US-Dollar in ECU oder in D-Mark. Der Rest des fälligen Schuldendienstes ist an den Fonds in nationaler Währung, also in Zloty, zu zahlen.

Diese Zahlungen bleiben im Land und dienen als ein nationaler Entwicklungsfonds, dessen Mittel in die Wirtschaft fließen sollen. Auf diese Weise kann die polnische Wirtschaft eine bessere Exportkraft erreichen, was dann wiederum zu einem höheren tatsächlichen Anteil der Exporterlöse führt, die zur Bedienung der Schulden in harter Währung zur Verfügung stehen würden.

Die Gläubiger verlieren dabei weniger als bei einer totalen Zahlungsunfähigkeit Polens:

- Ihre Forderungen werden auf den Fonds übertragen und eingefroren.
- Sie können über diese nur in nationaler Währung verfügen.
- Sie können dieses Geld in Polen investieren.
- Sie können ihre Forderungen in Beteiligungen, etwa an Joint-Ventures, umwandeln.
- Sie können ihre Forderungen aber auch an Investoren aus dem Ausland verkaufen.

Folgt man meinem Vorschlag, so stehen 80 Prozent der Exporterlöse zur Verfügung, um notwendige Importe zu finanzieren, aber auch um notwendiges neues Kapital, das unabhängig von dem erwähnten Schuldenfonds ins Land kommen könnte, zu finanzieren.

Braucht man überhaupt einen solchen Entwicklungsfonds in Polen? Mit anderen Worten, gibt es nicht ohnehin genügend nationale Mittel, um notwendige Investitionen zu finanzieren? Ich möchte diese Fragen verneinen. Ich glaube aber, daß die Lösung der wirtschaftlichen Probleme Polens wie ein Blumenstrauß aus vielen einzelnen Maßnahmen bestehen muß.

Es ist zum Beispiel erforderlich, dieses Verfahren durch eine neue Geldpolitik zu begleiten. Das Geld muß wieder eine wichtige Rolle in der Volkswirtschaft spielen. Es ist nötig, die Geldmengenpolitik zu verstärken, und auch die nationale Zinspolitik auf den Bedarf des Landes an Kapital und die Wirtschaftsentwicklung abzustellen.

Das Ziel muß ferner sein, das Haushaltsdefizit Polens abzubauen und die Bezahlung dieses Defizits praktisch durch Geldschöpfung zu beenden. Diese und andere Maßnahmen müßten eine Gesundung der polnischen Wirtschaft, wie ich sie beschrieben habe, begleiten. Parallel dazu muß auch der Anreiz, in Polen Geld verdienen zu wollen, gesteigert werden.

Dies gilt insbesondere für die Landwirtschaft; aber auch darüber hinaus für breite Gruppen der werktätigen Bevölkerung. Ein solcher Anreiz muß begleitet werden von einer Verbesserung des Warenangebotes. Es darf nicht sein, daß Leute, die ihr Geld für den Erwerb eines Autos ausgeben wollen, darauf viele Jahre warten müssen.

Die Wohnungswirtschaft muß verstärkt werden, um das Angebot an Wohnungen zu vergrößern und dementsprechend auch hier das Geldverdienen wieder attraktiver zu machen. Es muß aber auch der Anreiz zur Sparkapitalbildung geboten werden. Dazu gehört die Stabilisierung des Geldwertes und damit der Abbau der Inflation.

Das Schuldenproblem darf nicht isoliert betrachtet werden. Es gehört in den Zusammenhang der allgemeinen Reform der polnischen Wirtschaft und der polnischen Währungspolitik. Das gute Zusammenspiel dieser verschiedenen Maßnahmen kann erst einen Erfolg garantieren und ist vor allen Dingen Voraussetzungen dafür, mit den Gläubigerbanken erfolgreich zu verhandeln. (-/7.11.1988/va-he/rs)

* * *

Die Luftwaffe ist nicht unser Gegner!

Der Verteidigungsminister trägt die Verantwortung für Flugtage und Tiefflug

Von Florian Gerster MdB

Berichterstatler der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuß „Flugtage Ramstein/Nörvenich“

Der Bundesluftwaffe und den alliierten Luftstreitkräften bläst der Wind ins Gesicht. Proteste gegen Lärm und Gefährdung durch militärischen Tiefflug geben inzwischen die Unzufriedenheit einer Bevölkerungsmehrheit mit überhöhten Verteidigungslasten einer Bevölkerungsmehrheit mit überhöhten Verteidigungslasten wieder. Die Katastrophe beim amerikanischen Flugtag in Ramstein mit bisher 70 Toten hat der naiven Faszination militärischer Technik jede Rechtfertigung genommen. Das Fehlverhalten von hohen Offizieren beim Flugtag der Bundesluftwaffe in Nörvenich - bis zu der Veranstaltung eines Hallenfestes nach dem Flugunglück von Ramstein - hat das Ansehen von Verantwortlichen dieser Teilstreitkraft empfindlich beeinträchtigt.

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, Alfred Biehle (CSU), riet der Luftwaffenführung, „sich warm anzuziehen“. Verteidigungspolitiker von CDU/CSU und FDP forderten weitere personelle Konsequenzen in der Bundeswehr - auch im Führungsstab der Luftwaffe. Die CDU/CSU-Fraktion drängte im Untersuchungsausschuß auf eine frühzeitige Vernehmung des Luftwaffeninspektors Generalleutnant Jungkurth.

Der Abteilungsleiter Recht im Bundesministerium der Verteidigung nannte bei seiner Vernehmung die formlose Genehmigungspraxis alliierter Flugtage durch den Führungsstab der Luftwaffe „unfaßbar“. Befragt, welche Aussagekraft die Ich-Form in persönlichen Briefen von Bundesverteidigungsminister Scholz an Ministerpräsident Rau habe, in denen die besondere Vorsorge des Ministers vor dem Flugtag in Nörvenich zum Ausdruck kam, antwortete er: „Ich“ ist immer „das Bundesministerium der Verteidigung“, nie der Minister persönlich!

Wir Sozialdemokraten werden nicht zulassen, daß weisungsgebundenen Militärs oder Beamten die alleinige Verantwortung für die Genehmigung und Durchführung von Flugtagen und für Belästigung und Gefährdung der Bevölkerung durch militärischen Flugbetrieb der Bundeswehr und der alliierten Luftstreitkräfte zugeschoben wird. Die politische Verantwortung trägt der Minister, Professor Rupert Scholz. Er ist bereits lange vor den Flugtagen in Ramstein und Nörvenich auf die Gefahren hingewiesen worden und hat alle Warnungen in den Wind geschlagen. Auch solche von verantwortlichen Kommunal- und Landespolitikern und der Kirchen.

Die Luftwaffe hat einen Anspruch auf weitsichtige politische Führung und auf Akzeptanz ihres Auftrages in der Bevölkerung. Der Primat der Politik gilt gerade in schwierigen Zeiten.

(-/7.11.1988/vo-he/rs)

Volksbegehren nicht ausgeschlossen

Die Zwangsfusion von SDR und SWF muß verhindert werden

Von Dieter Spöri MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg

Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth sollte sehr rasch seine Pläne zur Fusion von SDR und SWF aufgeben und statt dessen den politischen Weg freimachen für eine sinnvolle Reformperspektive. Diese liegt für den Rundfunk im Südwesten in einer besseren Kooperation der einzelnen Sender.

Sämtliche von Späth vorgebrachten Begründungen für die Fusion haben sich inzwischen als Seifenblasen erwiesen, die längst geplatzt sind. So ist nach Meinung aller Experten weder mit Kosteneinsparungen noch mit einer Verstärkung des Gewichts des Südwestens im Rahmen der ARD und schon gar nicht im Rahmen der europäischen Rundfunklandschaft zu rechnen.

Ein tragfähiges Kooperationskonzept, für das es in den einzelnen Sendern bereits konstruktive Ansätze gibt, setzt für die baden-württembergischen Sozialdemokraten voraus, daß daran nicht nur SDR und SWF beteiligt werden. Der Saarländische Rundfunk, der in den Überlegungen der CDU-Regierungen in Mainz und Stuttgart praktisch nicht vorkommt, bestreitet schon jetzt 20 Prozent Programmanteil im dritten Fernsehprogramm. Er muß daher in Gespräche über die Fortentwicklung des Rundfunks im Südwesten als Partner einbezogen werden.

Die von Späth immer wieder genannten Kriterien - Kosteneffizienz, Stärkung der Programmvielfalt, Einfluß in Europa - können auf der Basis eines solchen kooperativen Reformansatzes erreicht werden, ohne daß gewachsene und bewährte Rundfunkstrukturen zerschlagen werden müssen. Zudem ist der von Späth ins Feld geführte Einfluß in der ARD bei einer verstärkten Kooperation in Hörfunk und Fernsehen von

- drei Sendern,
- drei Intendanten,
- drei Programmdirektoren und
- drei Chefredakteuren

ungleich größer als bei dem geplanten Fusionsprojekt. Die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit in der europäischen Dimension kann im übrigen niemals durch eine regional begrenzte Fusion, sondern nur durch eine intensiviertere Kooperation in der ARD erreicht werden.

Wir verlangen von Ministerpräsident Späth, den politischen Druck auf die Anstalten in Richtung auf eine Fusion aufzugeben und auf das vorgesehene Gespräch am 21. November, bei dem die Intendanten zu schriftlichen Vorschlägen für Regierung und CDU gezwungen werden sollen, zu verzichten. Statt dessen muß den Geschäftsleitungen und Gremien in SDR, SWF und SR der zeitliche Spielraum für die Entwicklung eines tragfähigen und konkreten Kooperationskonzeptes gegeben werden.

Wenn allerdings Späth die Entscheidung für eine Zwangsfusion durchpeitschen will, muß er damit rechnen, daß die SPD alle parlamentarischen und sonstigen politischen Möglichkeiten nutzen wird. Dabei ist auch das Instrument eines Volksbegehrens nicht ausgeschlossen. (-/7.11.1988/vo-he/rs)

Verheerende Eindrücke von der Türkei

Schlußfolgerungen aus der Beobachtung von drei politischen Prozessen

Von Monika Ganseforth MdB
Mitglied der Arbeitsgruppe Menschenrechte

Der „Mamak-Prozeß“ gegen 723 Mitglieder der Dev-Yol-Bewegung findet vor einem Militärgericht statt. Der Prozeßverlauf ist in seiner Absurdität nicht zu beschreiben und ist doch bitterer Ernst. Der Staatsanwalt hat für 74 Angeklagte die Todesstrafe gefordert. Wie nervös die Prozeßführung reagiert, zeigt, daß sie nicht etwa die griechischen Prozeßbeobachter, die ein Transparent zeigten und politische Parolen riefen, das Saales verwies, sondern alle 22 ausländische Prozeßbeobachter/innen, auch die unbeteiligten Deutschen, darunter zwei Landtagsabgeordnete, festnehmen ließ. Bis auf vier wurden sie nach 15 Stunden, in denen sie unmenschlich behandelt und teilweise brutal geschlagen wurden, aus dem Polizeigefängnis entlassen und abgeschoben.

Zum Prozeß gegen Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu. Die beiden Kommunisten wurden vor einem Jahr bei ihrer Rückkehr aus der Bundesrepublik in die Türkei auf dem Flughafen festgenommen, gefoltert und befinden sich seitdem in Haft. Der Prozeß gegen sie und 14 weitere Angeklagte findet vor einem Staatssicherheitsgericht statt. Das Gerichtsgelände wird in einem Umkreis von drei Kilometern durch bewaffnete Sicherheitskräfte und durch gepanzerte Fahrzeuge hermetisch abgeriegelt. Die Polizeikontrollen lassen nur Journalisten und Abgeordnete, Anwälte und Angeklagte - und auch diese teilweise mit großen Schwierigkeiten - durch. Da unter diesen Umständen die Öffentlichkeit der Verhandlung verhindert wird, haben die Anwälte (es sind inzwischen mehr als 700) und die Prozeßbeobachter/innen den Gerichtssaal unter Protest verlassen, und der Prozeß mußte unterbrochen werden.

Zum Prozeß gegen den Menschenrechtsverein. Dieser Verein hat Unterschriften gesammelt, mit denen viele Menschen die Abschaffung der Todesstrafe und eine Generalamnestie fordern, und diese Unterschriften dem Parlamentspräsidenten überreicht. Für diese Tat stehen die elf Vorstandsmitglieder des Menschenrechtsvereins vor Gericht.

Diese drei Prozesse zeigen, daß in der Türkei eine Atmosphäre der Einschüchterung herrscht, daß freie Meinungsäußerungen nicht möglich sind, daß gegen kritische Oppositionelle keine fairen Prozesse geführt werden und daß die türkischen Machthaber völlig nervös überreagieren und nicht davor zurückschrecken, ausländische Besucher, darunter auch Abgeordnete, festzunehmen und zu mißhandeln.

Schließlich wird die schon völlig unzureichende Lage in den Gefängnissen durch neue schikanöse Richtlinien weiter verschärft. Die Gefangenen, die sich durch Hungerstreiks dagegen zu wehren versuchen, werden mit Disziplinarstrafen belegt, die ihren Tod in Kauf nehmen. Und trotz der Unterschrift der Türkei unter die Antifolterkonvention wird in der Türkei weiter systematisch gefoltert.

Der Eindruck, den die Türkei in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Meinungsfreiheit macht, ist verheerend, zumal wenn man die Diskrepanz zwischen den Worten der Machthaber und der Realität berücksichtigt. Dazu kommt eine trostlose ökonomische Situation für die Bevölkerung. Die Bundesregierung und die EG müssen stärker als bisher ihren Einfluß geltend machen, damit in der Türkei die Menschenrechte geachtet und Meinungsfreiheit gewährt werden.

(-/7.11.1988/vo-he/rs)

* * *